



Vertreter der Schulen und der Elternschaft wiesen gestern noch einmal eindrücklich auf die Bedeutung der Schulsozialarbeit hin.

# 750 000 Euro für Sanierung und Geld für Sozialarbeiter

## Schulausschuss empfiehlt enorme Umschichtungen im Haushalt

**WILDESHAUSEN** - Sehr viel Geld wurde gestern Abend im Ausschuss für Schulangelegenheiten verplant. Geld, das nur über einen Nachtragshaushalt und Umschichtungen zur Verfügung gestellt werden kann. Dabei ist unklar, ob die Kommunalaufsicht die Pläne der Politik genehmigt, denn um den Haushalt der Stadt Wildeshausen steht es sehr schlecht.

Es wurde richtig voll im Sitzungssaal des Stadthauses. Am Ende gab es nur noch Stehplätze für die Besucher. Auf der Tagesordnung standen zwei Schulthemen, die Eltern, Personal und Schüler beschäftigen.

Seit Monaten werden in Wildeshauser Schulen wiederholt Schadstoffbelastungen gemessen, muss saniert werden. Damit endlich alle Belastungen erfasst werden, empfahl der Ausschuss gestern, die Verwaltung zu beauftragen, in Abstimmung

mit dem Bremer Umweltinstitut weiter notwendige Schadstoffmessungen festzulegen und durchzuführen. Die erforderlichen Kosten für die derzeitige Sanierung an Holbein- und St.-Peter-Schule und die geplante Sanierung an der Realschule sowie die Kosten für die weiteren Schadstoffuntersuchungen in Höhe von insgesamt 750 000 Euro sollen in Höhe von 400 000 Euro überplanmäßig zur Verfügung gestellt und in einem Nachtragshaushalt beordnet werden. Die Deckung erfolgt aus Einkommenssteuer-Mehrerträgen in Höhe von 150 000 Euro und Minderaufwendungen für Zinsen bei Investitionskrediten in Höhe von 250 000 Euro.

Ziel ist es, schnellstmöglich mit den Messungen zu beginnen und die Sanierungsarbeiten bis zum Ende der Sommerferien abzu-

schließen. Für diese Maßnahme stimmten alle Ausschussmitglieder. Für einen weitergehenden Antrag von Günter Lübke (CDU), auch die Kindergärten in die Messungen einzubeziehen, stimmten SPD und CDU, so dass auch hier eine Mehrheit zustande kam.

Deutlich kontroverser wurde die Frage diskutiert, wie zwei Stellen für Schulsozialarbeit finanziert werden können, für die aktuell kein Geld vorhanden ist. Eine Finanzierung wäre erst ab dem 1. Januar 2013 über den Stellenplan des neuen Haushalts möglich.

Schwieriger wird es, eine Finanzierung der Stellen für das kommende Schulhalbjahr zu gewährleisten, die von den Schulen vehement eingefordert wird. Auf Antrag von Thomas Johannes (UWG) einigte sich der Ausschuss einstimmig darauf, die eine Stelle unbefristet

mit den 50 000 Euro aus dem Haushalt zu finanzieren, die bislang für eine Stabsstelle Stadtmarketing eingestellt wurden. Die andere Finanzierung aus strukturellen Überschüssen der Nieberding-Stiftung verursachte der CDU starke Bauchschmerzen.

Wenn der Beirat der Nieberding-Stiftung dementsprechend entscheidet, würden etwa 50 000 Euro bewilligt. Die Verwaltung hat geprüft, dass das stiftungsrechtlich möglich ist. Allerdings müssen beide Stellen schnellstmöglich von der Kommunalaufsicht genehmigt werden.

Daran äußerten die Christdemokraten massive Zweifel. Sollte eine Genehmigung nicht erfolgen, dürften die Chancen, zwei Sozialarbeiter unbefristet über die Stadt schon ab 1. August zu beschäftigen auf den Nullpunkt sinken. ■ dr